

Antrag Nr. 09-F-24-0002
CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen + FDP

Betreff:

Gemeinsam mit dem Land gegen ungerechten Länderfinanzausgleich statt Sonderopfer zu Lasten der Kommunen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.06.2009 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden wehrt sich mit allem Nachdruck dagegen, dass den hessischen Kommunen ab dem Jahr 2011 ein Sonderopfer durch Mittelentzug im Kommunalen Finanzausgleich abverlangt werden soll. Sie fordert die hessische Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 Prozent beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht dadurch zu schmälern, dass Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zu Gunsten des Landes einbehalten werden. Dies gilt insbesondere für die im Finanzplan 2009 erklärte Absicht, ab dem Jahr 2011 zu Lasten der Kommunen jährlich 400 Millionen Euro der Finanzausgleichsmasse entziehen zu wollen.
2. Gemeinsam mit dem Land Hessen wehrt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden dagegen, dass im Länderfinanzausgleich das Land Hessen als das ohnehin stärkste Zahlerland - auch zu Lasten seiner Kommunen - belastet bleibt und eher noch stärker belastet werden wird.

Wiesbaden, 18.06.2009

Bernhard Lorenz
CDU-Fraktion

Axel Imholz
SPD-Fraktion

Bettina Schreiber
Fraktion Bündnis90
Die GRÜNEN

Michael Schlempp
FDP-Fraktion

F.d.R.:

Dr. Sven-Uwe
Schmitz
Geschäftsführer

Marc Paffenholz
Geschäftsführer

Volker Meisinger-
Persch
Geschäftsführer

Jeanette-Christine Wilk
Geschäftsführerin